SoVD Sozialverband Deutschland Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesverband Nordrhein-Westfalen Aktuell

E-Mail: info@sovd-nrw.de
Internet: http://www.sovd-nrw.de

Nr. 2 / Februar 2013 Landesgeschäftsstelle: SoVD NRW e.V. · Erkrather Str. 343 · 40231 Düsseldorf · Tel. (02 11) 38 60 30 · Fax (02 11) 38 21 75

Inklusionsbeirat erstmals einberufen

SoVD fordert starke Stimme für Behinderte

Die Landesregierung berief erstmals den Inklusionsbeirat ein, der bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf Landesebene beratend tätig sein soll. Das Gremium soll nur einstimmige Empfehlungen abgeben können. Der SoVD Nordrhein-Westfalen kritisiert, dass die Stimme der behinderten Menschen dadurch ein zu geringes Gewicht erhalte.

Sozialminister Guntram Schneider (SPD) rief den Inklusionsbeirat in Leben, um „mit den Betroffenen auf Augenhöhe zu reden." Als Experten in eigener Sache sollen diese sich aktiv einbringen, um die Situation für Menschen mit Behinderung zu verbessern. Im Inklusionsbeirat sind mehr als 40 Organisationen vertreten, darunter Selbsthilfeorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Landschafts- und Kommunalverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen und viele andere mehr. Vier Fachbeiräte sollen dem Gremium zu den Themen Barrierefreiheit, Bildung, Arbeit und Qualifizierung sowie Partizipation zuarbeiten.

„Der SoVD begrüßt, dass die Landesregierung die Behindertenverbände aktiv am Inklusionsprozess beteiligt. Dennoch haben wir Zweifel, ob das mit dem vorgesehenen Inklusionsbeirat gelingen kann, wenn er nur einvernehmliche Empfehlungen abgeben soll", sagte Landesvorsitzende Gerda Bertram. Sie kritisierte, dass Betroffene, Kostenträger und Leistungserbringer nur mit einer gemeinsamen Stimme sprechen dürfen. Auf diese Weise könne bereits ein Vertreter das Zustandekommen einer Empfehlung verhindern und der Inklusionsbeirat sei dann handlungsunfähig. Bertram weiter: „Wenn stets nur der kleinste gemeinsame Nenner das Ergebnis ist, dann wird man bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf der Stelle treten."

Foto: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Sozialminister Guntram Schneider (2. von links) berief erstmals den Inklusionsbeirat ein. Diesem gehören neben dem SoVD NRW 40 weitere Organisationen und Verbände an.

Der SoVD Nordrhein-Westfalen tritt deshalb für eine Mehrheitsregelung bei Abstimmungen ein, die der Landesregierung als Grundlage ihrer Entscheidungen dienen sollen. Da es bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention um die Menschenrechte behinderter Menschen gehe, müsse deren Stimme ein stärkeres Gewicht im Beirat erhalten, fordert Gerda Bertram. Wie dies gewährleistet werden kann, wird derzeit in Gesprächen mit dem Sozialministerium erörtert.

Für den SoVD wurde Stefan Koch, Referent für Sozialpolitik beim Landesverband, als ordentliches Mitglied in den Inklusionsbeirat berufen. Seine Stellvertreterin ist Uta Schmalfuß. Die 70-jährige Kölnerin ist seit 1991 Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD NRW und seit vielen Jahren auch auf lokaler Ebene für die Belange behinderter Menschen engagiert.

Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit des SoVD

Treffen im Familienministerium

Auf Einladung des Familienministeriums trafen sich die Landesvorsitzende des SoVD Nordrhein-Westfalen, Gerda Bertram, und Landesgeschäftsführerin Susanne Krumme erstmals zu einem Gespräch mit Staatssekretär Bernd Neuendorf (SPD).

Im Mittelpunkt standen das gegenseitige Kennenlernen und der lockere Austausch über sozialpolitische Themen. Großes Interesse zeigte der Staatssekretär am ehrenamtlichen Engagement des SoVD. Die Berichte von Gerda Bertram und Susanne Krumme über den Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, in politischen Gremien und in der Sozialgerichtsbarkeit wurden sehr positiv aufgenommen.

Von links: Landesgeschäftsführerin Susanne Krumme, Staatssekretär Bernd Neuendorf und Landesvorsitzende Gerda Bertram.

Ein wichtiges Anliegen war dem Staatssekretär und der zuständigen Referatsleiterin die Darstellung der Maßnahmen des Landes, mit denen bürgerschaftliches Engagement gefördert und die Wertschätzung hierfür zum Ausdruck gebracht wird. Neuendorf wies insbesondere auf die Ehrenamtskarte hin, die zahlreiche Vergünstigungen in kommunalen Einrichtungen und bei Einzelhändlern bietet. Ehrenamtlich Tätige können die Ehrenamtskarte bei der Stadt- oder Kreisverwaltung vor Ort kostenlos beantragen, wenn sie mindestens fünf Stunden pro Woche oder 250 Stunden pro Jahr ehrenamtliche Arbeit leisten. Weitere Informationen dazu gibt es im Internet unter www.ehrensache.nrw.de. *sk*

Parlament entscheidet erst im Frühjahr

Gemeinsames Lernen verschoben

Ab dem Sommer sollten Kinder in Nordrhein-Westfalen mit und ohne Behinderung aufsteigend ab den Klassen eins und fünf gemeinsam in der Regelschule unterrichtet werden. Doch das Schulministerium hat die Umsetzung der inklusiven Bildung auf die lange Bank geschoben. Sie kommt frühestens 2014.

Die geplante Novelle sah vor, einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht an der Regelschule für behinderte Kinder im Schulgesetz zu verankern. Eltern sollten frei zwischen dem Besuch der Regel- und der Förderschule wählen können. Das Schulministerium will die Schulgesetznovelle jedoch erst in diesem Frühjahr ins Landesparlament einbringen. Die entsprechenden Regelungen sollen erst zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 in Kraft treten. Hintergrund ist, dass sich Land und Kommunen nicht über die Finanzierung der inklusiven Bildung einig werden.

Der SoVD NRW setzt sich seit Langem für das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ein. Dies sieht auch die UN-Behindertenrechtskonvention vor, die seit 2009 in Kraft ist und zu deren Umsetzung Bund, Länder und Kommunen verpflichtet sind. Gleichwohl betonte der SoVD NRW immer wieder, dass inklusive Bildung nur dann möglich sei, wenn die Schulen dafür personell und auch baulich ausgestattet seien.

Der SoVD NRW wird die Entwicklung kritisch begleiten und sich weiterhin für eine grundlegende Reform des Bildungssystems einsetzen. Landesvorsitzende Gerda Bertram wies darauf hin, dass das bestehende System viel zu viele Kinder ohne Abschluss und oft auch ohne Zukunftsperspektive zurücklasse. Eine sonderpädagogische Unterstützung und Förderung müsse den Kindern an den Regelschulen angeboten werden.